Änderungsblatt

Drucksachen-Nr.:	VI/248
Änderungsblatt-Nr.:	1
Einreicher:	Oberbürgermeister

öffentlich

Gegenstand:

Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Veränderungssperre Nr. 21 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 118 „Einzelhandel Oststadt“

Änderung:

Ergänzung des Punktes Veranlassung:

Die Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB bewirkt, dass bauplanungsrechtlich relevante Bauvorhaben (§ 29 BauGB) und der Abbruch baulicher Anlagen unzulässig sind. Darüber hinaus dürfen auch erhebliche und wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen nicht vorgenommen werden.

Gemäß § 14 (2) BauGB kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Diese Ausnahme wird regelmäßig erteilt werden müssen, wenn die mit dem Bebauungsplan geplanten Regelungen nicht berührt werden. Im konkreten Fall heißt dies, dass für alle Bauvorhaben bzw. wertsteigernden Veränderungen, die nicht mit der Errichtung oder Umnutzung von Einzelhandelsflächen im Zusammenhang stehen, eine Ausnahme zu erteilen ist.

Es ist nicht möglich, die Veränderungssperre auf derartige Fälle zu begrenzen. Die Sperre gilt für alle Vorgänge im Geltungsbereich der Veränderungssperre. Die Erteilung der Ausnahme erfolgt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch die Bauaufsichtsbehörde und ist nicht extra kostenpflichtig.

Ergänzung des Datums in der Anlage:

Neubrandenburg, 02.07.15

Streichung in der Anlage unter „Hinweis“ im 3. Satz:

... wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt ~~Parchim~~ unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind ...

neue Beratungsfolge:	Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss	08.06.15
	Hauptausschuss	18.06.15
	Stadtvertretung	02.07.15

Neubrandenburg, 29.05.15

Silvio Witt
Oberbürgermeister